
Volker Perthes

Das Ende des Nahen Ostens,
wie wir ihn kennen

Ein Essay

edition suhrkamp

SV



SV

Sonderdruck
edition suhrkamp

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hätte sich kaum jemand vorstellen können, dass der Nahe Osten derart durcheinandergeraten würde: Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi sind Geschichte; im Kampf gegen den »Islamischen Staat« kommt es zu einer Annäherung zwischen dem Westen und Iran; Syrien oder der Irak könnten von der Landkarte verschwinden. Und Länder, die aus geopolitischen Interessen immer wieder in der Region interveniert haben, vermitteln den Eindruck, als würden sie sich nun am liebsten heraushalten.

Auch jenseits der Tagespolitik zeichnet sich ab, dass die 1916 mit dem Sykes-Picot-Abkommen etablierte Ordnung an ihr Ende gelangt sein könnte – ein Umbruch, wie ihn die Welt seit dem Zerfall der Sowjetunion nicht mehr erlebt hat. In dieser Situation unternimmt Volker Perthes den Versuch, aktuelle Verschiebungen in längere historische Entwicklungen einzuordnen, die wesentlichen regionalen Mächte zu identifizieren und Szenarien für eine Post-Sykes-Picot-Ära zu skizzieren.

Volker Perthes, geboren 1958, leitet die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Die SWP berät den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung zu außen- und sicherheitspolitischen Themen. Perthes ist ein viel gefragter Kommentator im Bereich der internationalen Politik und des Nahen Ostens. In der edition suhrkamp erschien zuletzt seine Studie *Iran – Eine politische Herausforderung* (es 2572).

Volker Perthes

*Das Ende des Nahen Ostens,
wie wir ihn kennen*

Ein Essay

Suhrkamp

4. Auflage 2015

Erste Auflage 2015
edition suhrkamp
Sonderdruck

© Suhrkamp Verlag Berlin 2015
Originalausgabe

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm
Umschlag: Johannes Erler, Mitja Schneehage,
ErlerSkibbeTönsmann

Umschlagabbildung: ErlerSkibbeTönsmann
Printed in Germany

ISBN 978-3-518-07442-8

Inhalt

Zu diesem Essay	7
Zeitenwende und Zeitlinien	11
Triebkräfte	23
Geopolitische Entwicklungstrends	51
Der IS – kein Staat, aber ein jihadistisches Staatsbildungsprojekt	91
Zukunftsfragen, Zukunftsbilder	121
Eckpunkte für europäische Politik	135

Zu diesem Essay

Wenn wir nach der einen großen Überschrift suchen, die die Ereignisse und Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten seit 2011 und mehr noch seit 2013/2014 charakterisiert und welthistorisch einordnet, dann scheint das Wort »Ordnungszerfall« angemessen. Innerstaatliche Ordnungen zerbrechen, nicht überall, aber doch in mehreren Staaten der arabischen Welt. Am deutlichsten ist uns dies in Syrien, im Irak und in Libyen geworden. Die Menschen in der Levante, in den Ländern zwischen der Ostküste des Mittelmeers und dem Persischen Golf also, erleben, wie die regionale Ordnung oder das regionale Staatensystem sich aufzulösen scheint, ohne dass klar wäre, wie eine neue Ordnung zustande kommen kann, wie sie aussehen wird, wer sie verhandelt oder errichtet. Und mancher wird sagen, dass auch die Wertordnung der eigenen Gesellschaften zerstört, mindestens aber beschädigt worden ist. Immerhin teilen die Menschen in Ländern wie Syrien und dem Irak, im Libanon oder in Iran trotz aller Erfahrung von Krieg, Konflikt, Repression und Gewalt auch eine Geschichte des Zusammenlebens über ethnische, konfessionelle und politische Trennlinien hinweg. Die Anerkennung dieser gesellschaftlichen und konfessionellen Vielgestaltigkeit als eines der Charaktermerkmale, ja vielleicht als die *Raison d'être* gerade des syrischen Staates aber und der damit verbundene Grundkonsens, dass man trotz aller Differenzen und Machtkämpfe irgendwie zusammenleben muss – all das gilt ganz offensichtlich nicht mehr, jedenfalls nicht für die kriegsführenden Parteien.

Das Ausmaß der Gewalt, die staatliche und nichtstaat-

liche Akteure in Syrien und anderen Ländern gegen die eigene Bevölkerung ausüben, und die konfessionelle Polarisierung – nicht nur, aber vor allem zwischen Sunniten und Schiiten –, die quer durch die Region zu spüren ist, fördern eine Spirale aus Hass und Angst und stellen die Hoffnung infrage, dass Staaten und Gesellschaften einfach wieder zusammenfinden werden, wenn nur die eine oder andere Terrororganisation besiegt oder das ein oder andere Regime gefallen ist.

Gewalt und konfessioneller Bürgerkrieg scheinen wenig mit den Forderungen nach Freiheit, Würde und Gerechtigkeit zu tun zu haben, die in den Protesten und Aufständen zum Ausdruck kamen, die die arabische Staatenwelt im Jahr 2011 erfassten. Zumindest zum Teil ist diese Gewalt als Reaktion bedrängter politischer Führungseliten auf die Forderung nach friedlicher Veränderung, auf den von vielen sogenannten »Arabischen Frühling« – oder die Furcht davor – zu verstehen. Und wo autoritäre Ordnungen zerfallen oder zu zerbrechen drohen, setzt dies alle möglichen Kräfte frei, die vordem »unter Kontrolle« waren oder zu sein schienen, extremistische politische Akteure und politisch oder wirtschaftlich motivierte Gewaltunternehmer eingeschlossen. Die Protestbewegungen haben aber auch gezeigt, dass es in allen Ländern der Region Menschen gibt, die sich dafür einsetzen oder (oftmals unter existenziellen Risiken) dafür eingesetzt haben, eine bessere Ordnung zu schaffen.

Gerade Europa, das den Beginn der Umbrüche in seiner südlichen Nachbarschaft begrüßt, dann aber – darüber lässt sich im Einzelnen streiten – wenig getan hat oder hat tun können, um friedliche politische Transformationsprozesse effektiv zu unterstützen, wäre gut beraten, seiner ursprünglichen Bewunderung für die »Ge-

neration Tahrir-Platz« nun keine angstgetriebene Politik der Abschottung gegen die Region und ihre Menschen folgen zu lassen.

Wie können wir, gerade wenn wir die Region von außen betrachten, verstehen, was seit dem Beginn der arabischen Proteste und Aufstände im Jahre 2011 im Nahen und Mittleren Osten vor sich geht? Stellen wir uns auf gescheiterte Staaten, regionale Kriege und Bürgerkriege, Terror und konfessionelle Gewalt als neuen Normalzustand ein? Auch das wäre kein guter Rat. Sicher scheint allerdings, dass die Region sich erst am Beginn einer langen Phase der Turbulenz befindet. In mancher Hinsicht ist der Nahe Osten schon heute nicht mehr der, den wir – europäische und andere ausländische Beobachter –, den aber auch ein Großteil der regionalen Akteure selbst kennen oder zu kennen geglaubt haben.

Natürlich ist es, gerade in Umbruchphasen, immer gut, nach dem geschichtlichen Hintergrund zu fragen. Nur ist Geschichte und der Umgang damit eben oft ein Politikum. Zudem ist nicht immer klar, welcher historische Hintergrund, welche Elemente von Geschichte und welche Geschichten aus der Vergangenheit heute von wem in Erinnerung gerufen und politisch relevant werden.

Ich werde in diesem Essay deshalb damit beginnen, über unterschiedliche historische Bezugsrahmen oder Zeitlinien zu sprechen, die heute dazu dienen, aktuelle Ereignisse einzuordnen. Ich werde dann etwas zu den Faktoren sagen, die zu beobachten sind, wenn man aktuelle politische Dynamiken verstehen will, mich mit den wichtigsten geopolitischen Veränderungen beschäftigen und am Ende über die Handlungsmöglichkeiten externer Akteure wie Deutschland oder der Europäischen Union reflektieren.

Meist spreche ich vom Nahen und Mittleren Osten oder einfacher vom Nahen Osten und meine damit das, was im angelsächsischen Sprachraum generell mit »Middle East« bezeichnet wird. Beides sind keine präzisen Begriffe. In jedem Fall umfassen sie die östlich des Mittelmeers gelegene Region einschließlich Irans und der Arabischen Halbinsel, ferner Ägypten, das größte arabische Land und das Bindeglied zwischen Nordafrika und Nahost. Die nordafrikanischen Staaten gehören zwar im allgemeinen Verständnis nicht zum Nahen Osten, wohl aber zur arabischen Welt. Die Türkei ist heute aktiver Teilnehmer der Dynamiken im Nahen und Mittleren Osten, ohne aber gleichzeitig Teil der Region zu sein. Der Fokus dieses Essays richtet sich eindeutig auf den östlich des Mittelmeers gelegenen Teil dieses Raums und damit immer wieder auf Syrien, dessen Entwicklung wohl auch über die Zukunft der regionalen Ordnung entscheiden dürfte.

Dabei ist dieser Essay genau das: keine umfassende Analyse, sondern ein Versuch, die gegenwärtigen Entwicklungen in einer Region, mit der ich mich in den vergangenen Jahrzehnten viel beschäftigt habe, gedanklich neu zu erfassen: gerade auch da, wo etwas, das wir kennen oder zu kennen meinen, zu Ende zu gehen scheint.

Zeitenwende und Zeitlinien

Im Januar 2013 ließ einer der erfahrensten Diplomaten der Vereinten Nationen, der ein halbes Jahr zuvor zum Sondergesandten für Syrien ernannte ehemalige algerische Außenminister Lakhdar Brahimi, seinen Befürchtungen und seinem Zorn vor den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats freien Lauf: Wenn der Sicherheitsrat seiner Verantwortung nicht gerecht werde, werde Syrien »vor unseren Augen« auseinanderbrechen. Wenig später wiederholte er diese Warnungen bei einem Treffen in Marokko und ergänzte, man werde sich auf ein Ende »Syriens, wie wir es kennen«, einstellen müssen.¹ Schon früher hatte Brahimi gewarnt, Syrien könne ein weiteres »Somalia« werden, also als Staat zerfallen; zudem könne der Krieg in Syrien auf die Nachbarstaaten übergreifen.²

Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats haben es nicht vermocht, sich auf ein gemeinsames Vorgehen in Syrien zu einigen, das dem Krieg und der Zerstörung des Landes ein Ende setzen würde. Der Sondergesandte Brahimi trat im Mai 2014 zurück; und der UNO-Generalsekretär ernannte mit Staffan de Mistura einen weiteren erfahrenen Diplomaten als Nachfolger. Die Warnungen Brahimis waren keineswegs alarmistisch. 2014 befand sich auch das große Nachbarland Syriens, der Irak, erneut im Bürgerkrieg. Nach Schätzungen verschiedener UN-Agenturen waren Anfang 2015 in Syrien über zwölf Millionen Menschen ohne ausreichende gesundheitliche

1 Zitiert nach *Asbarq Al-Awsat* (12. März 2013).

2 Reuters, »Peace envoy fears Somalia fate for Syria« (6. November 2012).

Versorgung, davon fünfeinhalb Millionen Kinder und Jugendliche. 3,8 Millionen Syrer und Syrerinnen waren im Ausland als Flüchtlinge registriert, fast acht Millionen waren innerhalb des Landes vertrieben oder zu Flüchtlingen gemacht worden. Mehr als ein Viertel aller Schulen wurde schwer beschädigt, zerstört oder zweckentfremdet, die Hälfte aller Krankenhäuser, etwa ein Drittel aller Wohnungen in ganz Syrien (und ein ungleich höherer Anteil in »oppositionellen« Städten und Stadtteilen) dürften durch die anhaltenden Kämpfe, den Beschuss und die Bombardierung von Wohnvierteln zerstört worden sein. Der syrische Bürgerkrieg hat innerhalb von vier Jahren mehr als 210 000 Todesopfer gefordert, allein 2014, im bislang blutigsten Jahr, 76 000.³

Die Nachbarstaaten Syriens, vor allem der Libanon und Jordanien, aber auch die Türkei befürchten angesichts der Zahl der Flüchtlinge Auswirkungen auf ihre eigene innere Stabilität. Ende 2014 belief sich nach Schätzungen des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) der Anteil syrischer Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung Jordaniens auf neun, im Libanon sogar auf 25 Prozent. Im Libanon kam es wiederholt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen syrischen und libanesischen Gruppen. Vor allem im Libanon wurde es schwer, Flüchtlinge auch mit nichtmateriellen Gütern zu versorgen. Etwa die Hälfte der jugendlichen Flüchtlinge erhielt keine Schulausbildung mehr. Dies bedeutet, dass hier eine Generation von jungen

3 Quellen: UNICEF/UNHCR/UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), 2015 *Syria Response Plan* (Dezember 2014), online verfügbar unter: (<http://reliefweb.int/report/syrian-arab-republic/2015-strategic-response-plan-syrian-arab-republic>) (Stand April 2015).

Menschen mit wenig Bildung und wenig Chancen heranwächst, so dass Krieg und Vertreibung damit auch schon die Wurzeln zukünftiger Radikalisierung legen.

Syrien und der Irak wurden zunehmend zu einem gemeinsamen Kriegsgebiet; ein neuer Akteur, der sich selbst zum »Islamischen Staat« erklärte, breitete sich auf dem Territorium beider Staaten aus; eine neue internationale Koalition unter Führung der USA begann mit Luftangriffen in beiden Ländern, um der Expansion dieser Organisation Einhalt zu gebieten. Im Kampf gegen den sogenannten »Islamischen Staat« (IS) verschoben sich Allianzen, verschob sich auch der Blick diverser regionaler und internationaler Akteure auf die Dynamiken in der Region und darauf, was dort eigentlich wichtig ist. Vor allem in europäischen Staaten wuchs die Sorge, dass eine wachsende Zahl radikalisierte junger Leute sich als »ausländische Kämpfer« in den syrischen Krieg ziehen lassen würde.

Bis 2011 war der Nahe und Mittlere Osten überwiegend als eine politisch stagnierende Nachbarregion wahrgenommen worden, in der Wandel, wenn überhaupt, sehr langsam vonstattengehen würde; seit 2011 dann für eine Zeit als eine Region im Aufbruch, die sich, wenn gleich unter Mühen, in Richtung grundlegender politischer Reform bewegen und sich dabei Europa annähern würde. Heute, während dieser Essay entsteht, beobachten wir den Rückfall in autoritäre Herrschaftsmuster, gleichzeitig aber auch die Auflösung existierender Ordnungen, den Aufstieg neuer Akteure sowie neue oder sehr alte Polarisierungen entlang konfessioneller und ethnischer Trennlinien.

Die Region erlebt zweifellos eine Zeitenwende; aber es ist keine Wende von einem politischen Zustand zu einem anderen. Verschiedene Länder gehen durch unterschied-

liche Phasen von Erschütterung und Veränderung: revolutionäre Aufbrüche, Krieg, Restauration oder Transformation. Im Ganzen ist dies in der Tat nicht mehr der Nahe und Mittlere Osten, den wir – oder den die Bürgerinnen und Bürger Syriens und anderer Staaten der Region – seit Langem »kennen«. Dies festzustellen heißt aber gleichzeitig zu fragen, welchen Nahen und Mittleren Osten, welchen Ausschnitt der Realität oder welche der für handelnde Personen und Beobachter wichtigen Realitäten wir eigentlich kennen oder zu kennen meinen. Dies fängt bei der Wahrnehmung historischer Hintergründe und dabei an, wie Menschen in die Geschichte einordnen, was ihnen heute geschieht.

Wir können, ein wenig vereinfacht, drei Zeitlinien unterscheiden, die die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten prägen: Da ist zunächst die kurze Zeitlinie der Tagespolitik oder der je aktuellen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, Probleme und Krisen. Dann gibt es die mittlere Zeitlinie geopolitischer Verschiebungen, die eher in Dekaden als in Monaten und Jahren gemessen wird. Und schließlich können wir von der langen Zeitlinie soziokultureller Entwicklungen sprechen oder, in Anlehnung an die Begrifflichkeit des französischen Historikers Fernand Braudel und dessen epochales Werk über die geografischen, ökologischen und sozialen Konturen der Mittelmeerregion,⁴ von der *longue durée*. Braudel hat auf seiner langen Zeitlinie auch die Entwicklung von Fauna und Flora, von Landschaft und Lebensweisen abgebildet. Für uns geht es hier eher um historisch geschaffene Identitäten und Bindungen,

4 Fernand Braudel, *Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II.*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1990 [das französische Original erschien 1949].

die heute politisch wirksam werden und, oft genug, darüber entscheiden, wer sich in inner- und zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen auf welcher Seite wiederfindet.

Naturgemäß erwecken Ereignisse auf der ersten, kurzen Zeitlinie die größte mediale und politische Aufmerksamkeit. Hierher gehören laufende internationale Verhandlungen, etwa um das iranische Atomprogramm, Wortgefechte im Sicherheitsrat, die je letzten Kämpfe zwischen Israel und der Hamas, die Aktivitäten von Oppositionsgruppen oder deren Zerschlagung in Ägypten, Bahrain oder anderswo, die Kämpfe und Zerstörungen in Syrien oder im Irak und die menschlichen Tragödien, die dadurch verursacht werden. Welthistoriker oder Wissenschaftler, die die Triebkräfte des internationalen Systems verstehen wollen, selbst Strategen in einigen der wichtigsten Hauptstädte mögen die meisten Ereignisse auf dieser Zeitlinie als Details betrachten, als Pixel eines sehr viel größeren Bildes. Politische Entscheidungsträger, Medien und auch die Öffentlichkeit aber können sie nicht ignorieren: Hier geht es schließlich um Menschen, die unterdrückt, getötet oder zu Flüchtlingen gemacht werden; um Individuen und Gruppen, die um ihr Recht kämpfen; um Staaten, die Chancen verspielen oder es schaffen, ihren Bürgern und Bürgerinnen ein besseres Leben zu ermöglichen; um Generationen, die die Hoffnung verlieren oder ihre Träume realisieren. Wenn Diplomaten etwas für Frieden und Völkerverständigung tun wollen, müssen sie sich um die tagespolitischen Krisen und Konflikte kümmern.

Politisches Denken im Nahen und Mittleren Osten dagegen verbindet sich häufig mit der zweiten, geopolitischen Zeitlinie. Bei aller berechtigten Kritik an der Neigung arabischer und anderer mittelöstlicher Potentaten,

eigene Versäumnisse und Entwicklungsdefizite in ihren Staaten mit Ausführungen über die Untaten oder Verschwörungen ausländischer Mächte zu erklären, die fünfzig bis hundert Jahre zurückliegen, ist eine solche Orientierung an größeren Brüchen oder Entwicklungssprüngen des internationalen oder des regionalen Systems durchaus sinnvoll. Auch in Europa orientieren wir uns ja oft an den gewissermaßen tektonischen geopolitischen Verschiebungen der jüngeren Geschichte: so etwa, wenn wir die nach dem Ende des Kalten Krieges entstandene – und heute wieder infrage gestellte – europäische Friedensordnung von den Jahrzehnten der Blockkonfrontation abgrenzen, nicht zuletzt mit Blick auf das, was im Umgang der Staaten miteinander als normativ akzeptabel oder inakzeptabel gilt.

In der Tat ist es nahezu unmöglich, Politik, Ideologienentwicklung und zwischenstaatliche Beziehungen in der arabisch-nahöstlichen Welt zu verstehen, ohne auf die Entstehung des regionalen Staatensystems nach dem Ende des Ersten Weltkriegs (1918) und, wenig später, der Auflösung des Osmanischen Reichs (1922) zurückzugreifen. Man wird hier immer wieder daran erinnert werden, dass die Grenzen zwischen Mittelmeer und Persischem Golf im Wesentlichen von auswärtigen Mächten, namentlich von Großbritannien und Frankreich, gezogen worden sind. So wird gängigerweise vom Sykes-Picot-System oder von den Sykes-Picot-Grenzen gesprochen – mit Bezug auf Mark Sykes und François Georges-Picot, einen britischen und einen französischen Diplomaten, die sich 1916 im Auftrag ihrer Regierungen über die Aufteilung der nahöstlichen Gebiete des Osmanischen Reiches einigten. Auch wenn das sogenannte Sykes-Picot-Abkommen nicht eins zu eins umgesetzt wurde, bildete es doch die Grundlage für die Einrichtung

von Mandaten des Völkerbunds, mit denen Frankreich die Kontrolle über das heutige Syrien und den Libanon, Großbritannien die über Palästina, das heutige Jordanien und den Irak übernahm und damit auch die Verantwortung für die spätere Grenzziehung zwischen den daraus entstehenden Staaten.⁵

»Sykes-Picot« wurde aber auch zur Chiffre, stand und steht im politischen Sprachgebrauch für ein westliches oder imperialistisches *Grand Design* der politisch-territorialen Verhältnisse in der Region und eine von externen Mächten bestimmte Aufteilung in Einzelstaaten. Gleichzeitig fanden verschiedene politische Bewegungen und ganze Staaten im Widerstand gegen »Sykes-Picot« so etwas wie ihren Gründungsmythos. Das gilt insbesondere für die in Syrien entstandene panarabische Baath-Partei (das Wort *baath* steht dabei für die »Auferstehung« oder »Wiederbelebung« der arabischen Nation) und andere Spielarten eines großsyrischen oder arabischen Nationalismus wie auch für Syrien selbst, das sowohl seine territoriale Einheit wie seine Unabhängigkeit in längeren Auseinandersetzungen und Kämpfen gegen die französische Mandatsmacht durchsetzen musste. Die Ablehnung des »Sykes-Picot-Systems« gehört hier und in den meisten anderen arabischen Staaten gewissermaßen zum guten Ton.

Des ungeachtet ist das so entstandene System nächstlicher Staaten und Grenzen über den Zweiten Weltkrieg, die Unabhängigkeit der Einzelstaaten und zahlreiche Kriege und Bürgerkriege hinweg fast ein Jahrhundert lang intakt geblieben – was gerade im Vergleich zur europäi-

5 Das Standardwerk hier ist nach wie vor David Fromkin, *A Peace to End All Peace. The Fall of the Ottoman Empire and the Creation of the Modern Middle East*, New York: Avon Books 1990.

schen Entwicklung in dieser Zeitspanne ziemlich bemerkenswert ist. Seit 1948 gehört auch Israel als zwar lange nicht anerkannter, aber faktisch nicht ignorierbarer Mitspieler zu diesem System. In Syrien, in Jordanien, im Libanon, im Irak, unter Israelis und Palästinensern und in unterschiedlichem Ausmaß auch in Saudi-Arabien und den anderen Staaten der arabischen Halbinsel haben sich eigene, wenngleich nicht notwendig exklusive politische Identitäten herausgebildet. Vier bis fünf nahöstliche Generationen, die heutigen Entscheidungsträger eingeschlossen, sind so in einem regionalen System sozialisiert worden, das allgemein als ungeliebt, als »schlechte Ordnung« galt.

Derzeit scheint die Region einen dieser historischen Brüche zu erleben, die wir gern als tektonisch bezeichnen: Es sieht so aus, als löse sich die postosmanische Ordnung auf. Syrien, der zentrale Staat im regionalen Gefüge, funktioniert nur noch in Teilen als Staat; zumindest einige der Grenzen verlieren ihre Relevanz; neue Herrschaftsverbände entstehen; zwischenstaatliche und transnationale Konflikte überlappen einander. Mehr dazu später. Wichtig ist an dieser Stelle, dass große auswärtige Mächte, anders als vor knapp hundert Jahren, kein Interesse zeigen, selbst eine »Neuordnung« der Region vorzunehmen. Die Tendenz geht eher dahin, bestimmte direkte Interessen zu verteidigen und sich ansonsten auf Gefahrenabwehr zu beschränken. Auch von den wichtigsten Regionalstaaten gehen – bislang jedenfalls – keine Initiativen zur Stabilisierung oder Neuerrichtung einer regionalen Ordnung aus. Im Ergebnis erleben immer mehr Menschen, dass die alte Ordnung zwar »schlecht« gewesen sein mag, die Alternative zu einer schlechten Ordnung aber nicht unbedingt eine bessere, sondern möglicherweise gar keine Ordnung ist.

Je mehr im Hier und Jetzt aber Ordnung, soziale, wirtschaftliche und politische Stabilität und Gewissheit fehlen, je weniger das Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen im Rahmen verlässlicher Staatlichkeit abgesichert wird, desto wichtiger werden konfessionelle, ethnische oder tribale Bindungen und Identitäten, die sich entlang der langen Zeitlinie, der soziokulturellen *longue durée* entwickelt haben. Für das reale Geschehen ist es ziemlich irrelevant, ob oder zu welchem Grad es sich dabei um »erfundene« Gemeinschaften und entsprechend erfundene Identitäten⁶ handelt – solange jedenfalls, wie diese Identitäten wirken, politisch nutzbar gemacht werden können und dabei helfen, passende Elemente der Geschichte im richtigen Moment in die kollektive Erinnerung zu rufen. Historische Episoden, die an ganz unterschiedlichen Stellen auf dieser Zeitlinie verortet sind, werden dann plötzlich so bedeutsam wie Ereignisse aus der jüngsten Vergangenheit. So kann der Streit über die rechtmäßige Nachfolge Muhammads, des Propheten des Islam, aus dem vor 1400 Jahren die konfessionelle Spaltung zwischen Sunniten und Schiiten entstand, können die Kämpfe und Allianzen zwischen dem abbasidischen und dem fatimidischen Kalifat und den Kreuzfahrerstaaten, die Invasion mongolischer Heere, die Eroberungen der Osmanen und natürlich der west-

6 Der Begriff der erfundenen Gemeinschaften geht auf Benedict Anderson zurück, der in seinem Buch *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism* (London: Verso 1983, deutsch: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Berlin: Ullstein 1998) erklärt, dass Nationen eher »imaginierte« und konstruierte oder eben »erfundene« als »natürliche« oder »ursprüngliche« Gemeinschaften sind. Entsprechendes lässt sich für ethnische Gruppen und Gemeinschaften sagen.